

Kommunales Wahlprogramm AfD-Kreisverband Aurich-Emden

Vorwort:

Liebe Bürgerinnen und Bürger

die großen Krisen der letzten Jahre, die Energieversorgungskrise, die Krise des VW-Werks und seiner Zulieferer, die Folgen der ungebremsten Zuwanderung, die marode Haushaltslage von Stadt und Landkreis - all das belastet unsere Region in zunehmendem Maße. Hinzu kommt ein schwindendes Sicherheitsgefühl, eine zunehmend schlechter werdende medizinische Versorgungslage und eine seit Jahren angespannte Situation am Wohnungsmarkt.

Als Alternative für Deutschland stehen wir in Emden und dem Landkreis Aurich für Pragmatismus, Vernunft und Sachlichkeit statt Ideologie. Wir setzen uns ein für eine bürgerorientierte Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg anstelle von Brandmauern und gesellschaftlicher Spaltung. Wir stehen für Umwelt- und Landschaftsschutz statt interessengeleitetem destruktivem Klimaschutz. . Unsere Ratsleute werden künftig die Interessen der Bürger vernunftorientiert ohne jedes Denkverbot vertreten. Raus aus der Dauerkrise und zurück zur Normalität. Gemeinsam für Ostfriesland.

Ihre

**Alternative für Deutschland
Kreisverband Aurich-Emden**

1. Familie und Soziales

2. Kultur, Bildung und Schule

3. Wirtschaft und Finanzen

4. Umwelt- und Landschaftsschutz

5. Gesundheit und medizinische Versorgung

6. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

7. Bauen und Wohnen

8. Verkehr und Bahn

9. Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung

1. FAMILIE UND SOZIALES

"Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht... " aus dieser grundgesetzlichen Vorgabe resultiert das familienpolitische Grundverständnis unserer Partei: Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Selbstverständlich gibt es darüber hinaus andere Lebensentwürfe, die zu akzeptieren sind.

ERZIEHUNG ALS Kernaufgabe der Eltern

Die Art und Weise der Erziehung und der liebevolle Umgang mit Kindern stellt für uns einen kulturellen Wert dar. Kinder sind nicht nur eine Bereicherung für das eigene Leben, sondern auch der einzige Garant für das langfristige Überleben unserer Gesellschaft. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Kinder zu erziehen. Der Staat hat lediglich einen Bildungsauftrag, aber keinen Erziehungsauftrag. Die politische Neutralität an Bildungseinrichtungen halten wir für unverzichtbar. Wir lehnen sogenannte pädagogische Konzepte in Kindergärten mit dem Ziel der "Frühsexualisierung" ab.

ERZIEHUNGSARBEIT WERTSCHÄTZEN; WAHLFREIHEIT BEI KINDERBETREUUNG

Die Erziehungsleistung der Eltern, vor allem der Mütter, kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Familiennahe Betreuung ist ein Elternrecht. Politische Bestrebungen, die oftmals unter Vorspiegelung anderer Beweggründe eine Bevorzugung der staatlichen Kinderbetreuung anstreben, sind abzulehnen. Stattdessen sollen Eltern eine echte Wahlfreiheit bei der Betreuung ihrer Kinder haben.

WILLKOMMENSKULTUR FÜR KINDER IN ZEITEN DEMOGRAPHISCHER KRISEN

Als AfD treten wir für bessere Rahmenbedingungen für unsere Familien ein. Die Tatenlosigkeit, mit der die Politik auf historisch niedrige Geburtenraten schaut, muss ein Ende haben. Als Zeichen der "Willkommenskultur für Kinder" fordern wir, analog zur Forderung der AfD-Landtagsfraktion, für unsere Familien eine "Geburtenprämie" von 2000 Euro pro Geburt eines Kindes. Zusätzlich ein Familiengeld in Höhe von 125 Euro, das bis zu 36 Monate nach der Geburt der Familie monatlich ausgezahlt wird. Für Alleinerziehende soll dieser Betrag höher ausfallen. Für Eltern, die sich in Ehrenämtern für die Gesellschaft engagieren, z.B. in der freiwilligen Feuerwehr, soll der Betrag abermals aufgestockt werden.

Kinderlachen ist keine Ruhestörung, Deutschland muss wieder ein kinderfreundliches Land werden!

2. KULTUR, BILDUNG UND SCHULE

BILDUNGSKATASTROPHE ABWENDEN

Analog dem Gesundheitswesen, kommt es auch im Bereich Schule und Bildung immer mehr zu einer Art Mangelwirtschaft. Drohende Schulschließungen oder Zusammenlegen von Schulstandorten verunsichern Schüler, Eltern und Lehrer. Als AfD stehen wir für ein klares Bekenntnis zu allen Schulstandorten im Landkreis Aurich und der Stadt Emden.

PLATTDEUTSCH ALS PFLICHTFACH

Zur gemeinsamen, bewahrenswerten Tradition unserer Heimatregion gehört nicht nur die deutsche, sondern auch die plattdeutsche Sprache. Wir halten die Einführung der plattdeutschen Sprache als Pflichtfach an allen Schulen für ein geeignetes Mittel zur Stärkung der ostfriesischen Identität.

POLITISCHE NEUTRALITÄT IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Die politische Neutralität von Lehrkräften (Beutelsbacher Konsens von 1976) ist strikt zu beachten. Daraus ergibt sich das Verbot einseitiger Stimmungsmache, so wie die Verpflichtung zur Kontroversität, dort, wo sie gesellschaftlich besteht. Schule ist kein Ort für Indoktrination, sondern für Bildung zur eigenständigen Urteilsfähigkeit. Wir fordern daher, dass politischen NGOs, wie z.B. den sogenannten "Omas gegen rechts" der Zugang zu Schulen verwehrt wird.

MUSEEN UND DENKMALPFLEGE. OSTFRIESISCHE KULTUR BEWAHREN

Für die Alternative für Deutschland in Aurich und Emden ist die lange und reichhaltige Geschichte unserer Kulturlandschaft von außerordentlich großer Bedeutung. Institutionen und Initiativen in diesem Bereich benötigen gute Arbeitsbedingungen.

Museen sind Orte der Bildung, der kulturellen Identität und des historischen Gedächtnisses. Sie bewahren das Erbe unserer Region, machen Geschichte erlebbar und schaffen Räume für Begegnung, Lernen und gesellschaftlichen Austausch. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Museen und die Denkmalpflege in unserer Heimatregion stärker zu fördern und ihnen einen höheren Stellenwert einzuräumen als der Förderung abstrakter Kulturprojekte. Öffentliche Mittel sollen vorrangig dort eingesetzt werden, wo unser kulturelles Erbe konkret bewahrt, vermittelt und für kommende Generationen erhalten wird.

TRANSPARENZ BEI DER FÖRDERUNG VON KULTURPROJEKTEN

Kulturförderung als Klientelförderung lehnen wir ab. Den bisherigen Zustand, dass Förderungsleistungen, sowohl hinsichtlich der Zuwendung als auch der Empfänger im Zahlenwust der Haushalte verborgen werden, wollen wir beenden. Höhe und Art jeglicher Kulturförderung müssen auf den Internetseiten der geförderten Projekte und Vereine ausgewiesen werden. Die diesbezüglichen Internetauftritte der Städte und Gemeinden müssen entsprechend leicht auffindbar, übersichtlich und genaue Angaben über die geförderten Projekte und Projektträger sowie über die Zweckbestimmung, Art und Höhe der Förderungen enthalten. Nur so erhält der mündige Bürger Kenntnis über den Verbleib seiner Steuergroschen. Sogenannte Demokratiepartnerschaften, in denen personelle Verstrickungen zwischen geförderten Kulturvereinen, politischen Parteien und in Teilen gewalttätigen extremistischen Gruppierungen bestehen, gehören auf den Prüfstand!

EXTREMISMUSPRÄVENTION

Die Alternative für Deutschland ist ein überzeugter Verfechter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die einzige Partei, die sich glaubhaft von jeder Form von Extremismus distanziert. Wir lehnen den Rechtsextremismus und den Linksextremismus gleichermaßen ab. Religiöser und ideologischer Fanatismus hat keinen Platz in Ostfriesland!

Linksextreme Gruppierungen haben auch in Emden und dem Landkreis Aurich Zulauf. Ihnen werden teilweise sogar öffentliche Einrichtungen als Versammlungsräume überlassen. Dabei agiert die sogenannte "Antifa" mit faschistischen Methoden. Die mangelnde Abgrenzung der Altparteien von diesen extremistischen Netzwerken halten wir für sehr bedenklich und gefährlich. Eine intensivere Verfolgung der Aktivitäten solcher Gruppierungen seitens der Behörden ist unverzichtbar. Bildungseinrichtungen sollten wesentlich mehr Einsatz im Bereich der Linksextremismusprävention in Form von Workshops, AGs und Projekttagen zeigen.

KEINE INTEGRATIONSMASSNAHMEN FÜR ASYLANTEN

Asyl bedeutet Schutz auf Zeit. Teure Integrationsmaßnahmen sind deswegen unnötig. Wir fordern, dass Integrationsmaßnahmen durch Fortbildungsmaßnahmen ersetzt werden, welche die Schutzberechtigten auf eine Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten, sobald der Schutzgrund nicht weiter besteht.

3. WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Die Finanz- und Haushaltslagen vieler Gemeinden und Kommunen sind desaströs. Um die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden sicher zu stellen, bedarf es mutiger Reformen und eines Eingreifen des Landes Niedersachsen.

GEWERBESTEUER / KREISUMLAGE

Die Gewerbesteuer bestraft den fleißigen, ehrlichen und erfolgreichen Unternehmer. Sie ist oftmals ein Hindernis für die Ansiedlung von Unternehmen und somit auch ein Hindernis für die Schaffung von Arbeitsplätzen in unseren Gemeinden. Wir möchten die Hebesätze zur Gewerbesteuer senken, um damit Anreize für die Niederlassung von Unternehmen zu setzen. Um die Städte und Gemeinden im Landkreis Aurich auf der anderen Seite zu entlasten, stehen wir für eine Reform der Kreisumlage, dergestalt, dass der benötigte Gesamtbetrag des Landkreises nicht mehr zu 100% in die Berechnung des Umlagesatzes einfließt. Der dadurch entstehende Fehlbetrag im Kreis-Haushalt, muss wiederum durch Beteiligung des Landes Niedersachsen kompensiert werden – durch eine Aufstockung des kommunalen Finanzausgleiches.

AUSGABEN REDUZIEREN

Die Haushaltskonsolidierung des Landkreises und auch der Stadt Emden beginnt bei der Streichung überflüssiger Ausgaben. Klientelgesteuerte Subventionen müssen weg, das weitere Anwachsen des Verwaltungsapparats muss gestoppt werden. Die Stellen für Sonderbeauftragte sollen gestrichen werden. Insbesondere beim sogenannten "Klimaschutz" können unproduktive Stellen sofort gekündigt und gestrichen werden.

ABSCHAFFUNG VON BAGATELLSTEUERN

Bagatellsteuern bringen wenig, ihr Erhebungsaufwand ist hoch. Wir setzen uns für eine sukzessive Abschaffung aller Bagatellsteuern, wie z.B. der Außengastronomieabgabe oder der Hundesteuer, ein.

VOLKSWAGEN-WERK EMDEN

Die von Politik und Management verursachte schlechte wirtschaftliche Situation des VW-Werks in Emden und seine über lange Zeit ungewisse Zukunft führten in der jüngeren Vergangenheit zu erheblicher Unsicherheit in der Hafenstadt. Mit der Abwendung der Werksschließung ist das VW-Werk jedoch noch lange nicht gerettet. Zur Konsolidierung gehört unserer Ansicht nach eine Korrektur ideologischer Fehlentscheidungen. Die Politik über alle Parteigrenzen hinweg sollte sich einig sein, dass ein Kippen des "Verbrenner-Aus" eine erste Maßnahme zur wirtschaftlichen Stabilisierung des VW-Werks ist.

4. UMWELT- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

UMWELTSCHUTZ IST HEIMATSCHUTZ

Anders, als in vielen Medien oft dargestellt, ist uns als Alternative für Deutschland der Umweltschutz ein Kernanliegen. Als Menschen, die in ihrer Heimat verwurzelt sind, ist es eine Pflicht nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen.

LANDSCHAFTSSCHUTZ STATT WIND- UND SOLARAUSBAU

Die AfD Aurich-Emden steht für Technologieoffenheit und befürwortet einen Energiemix, der auch Windkraftanlagen zur Energieerzeugung beinhaltet. Zur Wahrheit gehört jedoch auch: Windenergieanlagen zerstören dauerhaft die Funktionalität der Böden der Zufahrtswege und Standorte, stellen eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere, sowie eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar. Unsere Region hat seinen Beitrag zur ideologischen Energiewinde bereits übererfüllt. Einen weiteren Ausbau der Windenergie in unserer Heimat lehnen wir aus Landschafts- und Umweltschutzgründen strikt ab. Auch der weitere Offshore-Ausbau ist aufgrund der Umweltbelastung im Bereich des Nationalparks abzulehnen. Den Ausbau weiterer Photovoltaikanlagen in Ostfriesland auf landwirtschaftlichen Nutzflächen lehnen wir aufgrund des zu hohen Flächenverbrauchs ab.

DER WOLF UND UNSERE KULTURLANDSCHAFT

Das Land Niedersachsen hat eine höhere "Wolfsdichte", als Schweden. Das führte in den letzten Jahren zu etlichen Wolfsangriffen, die eine enorme Belastung für Nutztierhalter darstellen. Eine Wende im Umgang mit dem Wolf ist angezeigt, eine Bejagung, die zu einer strengen Kontrolle der Wolfspopulationen führt, halten wir für den richtigen Weg!

LANDSCHAFTSPFLEGE UND WIEDERVERNÄSSUNG DER MOORE

Moore sind ein natürlicher Teil unserer Umwelt – sie wurden über Jahrhunderte zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen ausgebeutet und abgetragen. Es existieren aber immer noch Moore, die durch den Wechsel aus Biotopen und ertragreichem Grünland geprägt sind. Ihre Bewirtschaftung war und ist immer sehr eng mit den natürlichen Rückzugsgebieten für seltene Tiere und Pflanzen verzahnt. Diese Räume sind entsprechend vor weiterer Zerstörung zu schützen. Wo technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar sind sie im Einklang mit der Landwirtschaft wieder zu vernässen. Unrealistische Maßnahmen, Wunschdenken und Hauruck-Maßnahmen zu Lasten der Landwirte lehnen wir ab.

DER LANDWIRTSCHAFT DEN RÜCKEN STÄRKEN

Unsere Landwirte erzeugen für uns Verbraucher gesunde Nahrung. Wir wollen eine regionale Versorgung, keine landwirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Staaten. Die Landwirte tragen mit ihrem Wissen und Können zur Nachhaltigkeit und auch zum Erhalt unserer Umwelt bei. Es gilt sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie benötigen diesbezüglich weder Belehrungen noch Vorgaben aus Brüssel. Die EU-Agrarpolitik, umgesetzt durch die Bundes- und Länderregierungen, ist eine ideologische Subventionspolitik, rein bürokratisch und so für die hiesige Landwirtschaft eine reale Belastung. Wir fordern Bürokratieabbau, weniger Regulierung und mehr marktwirtschaftliche Prinzipien. Wir fordern darüber hinaus für Ostfriesland eine Stärkung der Direktvermarktung mit regionalen und saisonalen Produkten.

TRINKWASSERVERSORGUNG

Die Wasserqualität in Ostfriesland ist außerordentlich hoch. Um diese Qualität nicht zu gefährden, erteilen wir jeder Bestrebung hin zu einer Privatisierung der Trinkwasserversorgung eine klare Absage!

5. GESUNDHEIT UND MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Die katastrophale Gesundheitspolitik in Bund und Ländern der vergangenen mindestens zwei Jahrzehnte hinterlässt seine Spuren auch in Ostfriesland. Mangelnde ärztliche Versorgung, Krankenhausschließungen, ins Unermessliche steigende Gesundheitskosten sind die Folge.

ÄRZTEVERSORGUNG

Die kassenärztliche Versorgung wird nach Einwohnerzahlen geplant. Der Bedarf ist jedoch gerade in unserer Region ein anderer. Der starke Tourismus und nicht zuletzt die ländliche Prägung mit den vorgelagerten Inseln führen dazu, dass die Anzahl der Hausarztpraxen mit der Nachfrage nicht Schritt halten kann. Eine regionale Anpassung der Versorgungsstruktur ist notwendig. Eine wesentlich bessere Kommunikation mit, sowie eine intensive Förderung von Ärzten, die sich im Landkreis Aurich oder der Stadt Emden ansiedeln wollen, ist über das bisherige Maß erforderlich.

NOTFALLVERSORGUNG

Die vorzeitige Schließung der Norder Ubbo-Emmius-Klinik entgegen der Versprechen der Politik, hat das Vertrauen der Bürger schwer erschüttert. Ziel muss es sein, bis zur Inbetriebnahme der neuen Zentralklinik, eine 24/7-Notfallversorgung an den Standorten Aurich und Emden beizubehalten. Auch muss die Landesförderung des regionalen Gesundheitszentrums am ehemaligen Klinikstandort in Norden unbedingt gesichert bleiben - auch nach der Fertigstellung der Zentralklinik.

FRAUENHÄUSER UNTERSTÜTZEN

Frauenhäuser sind sinnvoll und notwendig. Die vorhandenen Kapazitäten reichen insbesondere wegen der verfehlten Migrationspolitik nicht aus. Der Landkreis Aurich und die Stadt Emden müssen ihr Engagement in diesem Bereich ausbauen.

CORONA-AUFARBEITUNG

Wir fordern eine lückenlose Aufarbeitung der "Corona-Maßnahmen" im Landkreis Aurich und der Stadt Emden, sowie eine umfassende Bewertung ihrer seinerzeitigen Auswirkungen auf Bürger, Kinder und Wirtschaft. Ziel muss es sein, dass Grundrechtseinschränkungen dieser Tragweite bei künftigen Pandemien sich niemals ohne wissenschaftliche Evidenz wiederholen!

6. ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG

PRÄVENTION UND STÄRKUNG DER ERMITTLUNGSARBEIT

Nicht mehr nur in unseren Großstädten, sondern auch in ostfriesischen Kleinstädten entwickeln sich Stadtviertel und Straßenzüge mehr und mehr zu Kriminalitäts-Hotspots. Um der Bildung krimineller Milieus auch mit Blick auf die Jugendkriminalität wirkungsvoll entgegenzuwirken, setzen wir u. a. auf Prävention: Investitionen in Bildung und soziale Unterstützungsangebote für Jugendliche. Damit Risikofaktoren früh erkannt und abgemildert werden können, bedarf es an Schulen gezielterer Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Programme zur Konfliktlösung sowie Sport-, Kultur- und Freizeitangebote, die die psychische und physische Gesundheit fördern. Gleichzeitig muss die polizeiliche Ermittlungsarbeit dort gestärkt werden, wo Gefahrenpotentiale bestehen. Wir setzen uns dafür ein, die Exekutive bedarfsgerecht so auszustatten, dass sie den vielschichtigen und ständig wachsenden Herausforderungen mit moderner Kommunikations-, Überwachungs- und Abwehrtechnik auch an Brennpunkten wirksam entgegentreten kann.

CLANKRIMINALITÄT

Das Phänomen der Clankriminalität ist längst nicht mehr nur ein großstädtisches Problem. Immer öfter müssen die Behörden mit Großeinsätzen gegen das Treiben krimineller Clans in Ostfriesland vorgehen. Auch im Landkreis Aurich und der Stadt Emden muss das Signal ganz klar lauten: Null Toleranz für kriminelle Banden und migrantische Clans. Die Behörden müssen mit aller gebotenen Härte gegen diese Strukturen vorgehen und sie zerschlagen. Die AfD setzt sich für die Errichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung von Clankriminalität bei den Staatsanwaltschaften in Emden und Aurich ein!

KEINE "TURBOEINBÜRGERUNGEN" IN OSTFRIESLAND

Im Landkreis Aurich hat die Zahl der Einbürgerungen ein Rekordhoch erreicht, wobei sich die Zahlen innerhalb von vier Jahren verdreifacht haben. Der Anstieg ist Teil eines umfassenden Migrationsgeschehens. Die Deutsche Staatsbürgerschaft als das Höchste Gut, das unsere Gesellschaft zu vergeben hat, darf nicht verramscht werden. Eine Einbürgerung muss am Ende einer jahrelangen Integrationsgeschichte stehen und kann nicht der Anfang einer solchen sein. Wir fordern, dass auch im Landkreis Aurich und der Stadt Emden nicht vorbestrafte Ausländer frühestens nach 10 Jahren Aufenthalt in Deutschland und guter Integrationsgeschichte eingebürgert werden können.

HAUPTBERUFLICHE WACHBEREITSCHAFT DER FEUERWEHREN AURICH UND NORDEN

Städte mit einer Einwohnerzahl unter 100000 Bürgern setzen für gewöhnlich auf eine freiwillige Feuerwehr. Die stetig steigende Anzahl an Einsätzen rechtfertigt es unserer Ansicht nach jedoch, die Errichtung einer Hauptberuflichen Wachbereitschaft, wie es sie in Emden bereits gibt, auch in Norden und Aurich zu installieren. Die freiwilligen Kräfte würden dadurch stark entlastet, was die Vor- und Nachbereitung von Einsätzen betrifft.

MÜLLENTSORGUNG UND ÖFFENTLICHE CONTAINERFLÄCHEN

Die Vermüllung von Ortsteilen in städtischen Brennpunkten der ostfriesischen Mittelzentren ist ein ungelöstes Dauerproblem. Die Sperrmüllentsorgung ist, anders als in zahlreichen anderen Kommunen, im Landkreis Aurich kostenpflichtig. Wir setzen uns für eine kostenlose und unbürokratische Möglichkeit seitens der Müllentsorger zur Sperrmüllabholung ein. Zudem wird viel Müll in Brennpunktgebieten einfach an Altglascontainern abgeladen. Videoüberwachungen würden das Problem nur auf unbeobachtete Gegenden verlagern. Ausreichende Entsorgungsmöglichkeiten auf der einen Seite und eine konsequente Verfolgung und Ermittlung der Täter andererseits ist geboten.

7. BAUEN UND WOHNEN

Die angespannte Lage am Wohnungsmarkt ist eines der drängendsten Probleme der Bürger in Ostfriesland. Das Angebot stagniert bei gleichzeitig stark gestiegener Nachfrage. Durch dieses Ungleichgewicht steigen die Mieten. Durch desaströse Energiepolitik erhöhen sich auch die Nebenkosten drastisch. Wir begrüßen zwar den Einstieg einzelner Kommunen in den sozialen Wohnungsbau, halten diesen aber nicht für das Allheilmittel. Es ist nicht die Privatwirtschaft, die beim sozialen Wohnungsbau versagt hat. Eine ausufernde Bürokratie und eine Kostenexplosion verunmöglichen ihn!

PROZESSOPTIMIERUNG IN DER VERWALTUNG

Neuer Wohnraum wird von Investoren geschaffen, die ihre Planungen auf verlässlichen Vorgaben und mit der Aussicht auf Rendite umsetzen. Durch eine konsequente Stichtagsregelung als interne Leitlinie, nach dem Bauanträge innerhalb einer festen Frist (z. B. drei Monate) bearbeitet werden müssen, wird Investoren Planungssicherheit geben und das Genehmigungsverfahren beschleunigen. Ebenso soll eine stringente Umstellung auf rein digitale Anträge die Postlaufzeiten verkürzen und eine parallele Bearbeitung durch verschiedene Fachbehörden zeitsparend ermöglichen.

KEINE "VORRATSANMIETUNG" VON WOHNUNGEN

Um auf eventuelle Flüchtlingsströme schnell reagieren zu können, mietete der Landkreis Aurich in der Vergangenheit eine hohe dreistellige Anzahl Wohnungen im ganzen Kreisgebiet an. Diese Wohnungen sind dem Wohnungsmarkt entzogen und verschärfen die Wohnungsnot in Ostfriesland. Dieser skandalöse Zustand muss beendet werden!

EINHEIMISCHE FÖRDERN

Bei der Vergabe von Wohnbaugrundstücken und Wohnraum sind einheimische Familien nach dem "Einheimischen-Modell" zu bevorzugen!

8. BAHN UND VERKEHR

TEMPO 50 BEIBEHALTEN; KEINE IDEOLOGISCHEN EXPERIMENTE

Die Beibehaltung von Tempo 50 auf den Hauptverkehrs- und Einfallsstraßen in den Mittelzentren ist für uns unabdingbar. Ideologischen Experimenten, wie z.B. Tempo 30 auf dem Burggraben in Norden oder die Einrichtung sogenannter “Fahrradstraßen”, wie jüngst in Norddeich, erteilen wir eine klare Absage.

REAKTIVIERUNG DER BAHNSTRECKE AURICH-EMDEN

Als AfD Aurich-Emden stehen wir der Reaktivierung der Bahnstrecke Aurich – Emden mit Blick auf die zu erwartenden Einschränkungen im Transport unserer Schüler skeptisch gegenüber. Wir fordern belastbare unabhängige Fahrgast- und Machbarkeitsstudien, die sämtliche Nutzen und Risiken ausweisen. Eine Umsetzung kann nur dann erfolgen, wenn nachweislich ein wirtschaftlicher und verkehrlicher Nutzen für die Region besteht. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die Interessen der betroffenen Anwohner angemessen berücksichtigt werden. Wo durch den neuen Bahnverkehr Belastungen entstehen, sind faire und transparente Entschädigungsregelungen vorzusehen. Diese potenziellen Kosten müssen von Anfang an vollständig in die Kosten-Nutzen-Rechnung einbezogen werden, um eine verantwortungsvolle und nachhaltige Entscheidung zu gewährleisten. Über die endgültige Umsetzung der Bahnreaktivierung soll ein Bürgerentscheid stattfinden. Auf Grundlage transparenter und nachvollziehbarer Daten sollen die Bürger der direkt betroffenen Städte und Gemeinden selbst darüber abstimmen, ob die Reaktivierung der Bahnstrecke Aurich–Emden realisiert wird.

9. DIREKTE DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG

"Intransparenz ist das Biotop, in welchem Korruption gedeiht!" Um skandalöse Vorgänge von Korruption, wie in der jüngeren Vergangenheit in Emden aufgedeckt, zu verhindern, ist eine konsequente Umsetzung bereits bestehender organisatorischer Präventionsmaßnahmen unerlässlich. Außerdem sollten künftig mittels KI-gestützter Werkzeuge und durch Verknüpfung interner Verwaltungsdaten mit externen Quellen genauere Risikoprofile für Projekte erstellt werden. Die Einhaltung rechtlicher Vorgaben kann so während des gesamten Prozesses überwacht werden.

ÖFFENTLICHKEIT HERSTELLEN

Um Politik transparent und Bürgernah zu gestalten, muss es den politisch Interessierten erleichtert werden, Sitzungen der verantwortlichen Gremien live zu verfolgen. Wir schlagen deshalb das niederschwellige Angebot vor, alle Sitzungen des Kreistages, sowie die Stadtrats- und Ausschusssitzungen der Städte Emden, Aurich, Norden und Wiesmoor live in das Internet zu streamen.

MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

Immer öfter hört man den Satz: "Was wir wollen, interessiert doch die Politik gar nicht." Um diesem Verdruss auf der kommunalen Ebene entgegen zu wirken, plädieren wir für regelmäßige Umfragen und Befragungen der Bürger zu aktuellen Themen und anstehenden Entscheidungen. Zu diesem Zweck können Umfragetools auf den Internetauftritten der Gemeinden und Städte aufgeschaltet werden.

DIREKTDDEMOKRATISCHE ELEMENTE

Eine seit ihrer Gründung bestehende Grundposition der AfD ist die Forderung nach mehr direktdemokratischen Prozessen nach Schweizer Vorbild. Gerade in der Kommunalpolitik ist es möglich, die Bürger auch zwischen den Wahltagen an politischen Entscheidungen zu beteiligen.

"Mehr Demokratie wagen" - das soll das Motto für Emden und den Landkreis Aurich sein!